

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementpreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Hirsch-Dünder)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt Königsplatz, Nr. 4720.

Nr. 101/102.

Berlin, Sonnabend, 19. Dezember 1914.

Sechshundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

1 Eine wichtige Aufgabe für die Ortsverbände. — Fürsorge für Kriegsinvaliden. — Die Internationale und der Krieg. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Literatur. — Anzeigen.

Eine wichtige Aufgabe für die Ortsverbände.

In der zweiten Hälfte des Oktober ist von der Verbandsleitung an sämtliche Ortsverbände ein Rundschreiben verandt worden mit der Aufforderung, an die Gemeindeverwaltungen zwecks Einführung einer öffentlichen Arbeitslosenfürsorge heranzutreten. Diese Aufforderung stütze sich auf folgende, in der Zentralratsitzung vom 9. Oktober einstimmig angenommene Entschließung:

„Da eine große Anzahl von Gemeinden bisher keinerlei Maßnahmen getroffen hat, um die Notlage der infolge des Krieges arbeitslos Gewordenen zu mildern, richtet der Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine (G.-D.) an alle Ortsverbände die Aufforderung, bei denjenigen Gemeindeverwaltungen, die nach dieser Richtung noch nichts getan haben, dahin vorstellig zu werden, daß gemeinsam mit Vertretern der Arbeiterorganisationen schleunigst Schritte zur Durchführung einer Arbeitslosenfürsorge unternommen werden. Diese Fürsorge ist möglichst im Sinne der in Berlin getroffenen Maßnahmen durchzuführen.“

Es darf gesagt werden, daß seitdem in zahlreichen Gemeinden, und zwar — wie eine ganze Reihe von Berichten beweist — auf Verreiben unserer Ortsverbände eine Arbeitslosenfürsorge eingeführt worden ist. Andererseits aber gibt es auch noch viele Orte, wo nach dieser Richtung noch nichts geschehen ist, weil die betreffenden Gemeinden für diesen Zweck angeblich keine Mittel besitzen. Diese Ausrede kann jetzt nicht mehr vorgebracht werden, nachdem der Reichstag in seiner Sitzung vom 2. Dezember beschlossen hat, daß aus den bewilligten Kriegskrediten ein Betrag bis zu 200 Millionen Mark nach näherer Bestimmung des Bundesrats bereitgestellt wird „für Gewährung von Wochenbeihilfen während des Krieges sowie zur Unterstützung von Gemeinden oder Gemeindeverbänden auf dem Gebiete der Kriegsmohlfahrtspflege, insbesondere der Erwerbslosenfürsorge und der die gesetzlichen Mindestsätze übersteigenden Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften.“

Da auch von verschiedenen Bundesstaaten für Zwecke der Arbeitslosenfürsorge Mittel zur Verfügung gestellt sind, fliehen den Gemeinden jetzt zwei Quellen, aus denen sie die Möglichkeit schöpfen können, eine Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Dabei verdient hervorgehoben zu werden, daß nach dem Reichsamt des Innern gutgeheißenen Grundrissen bei der Organisation der Arbeitslosenfürsorge die Arbeiterverbände aller Richtungen zur Mitarbeit

herangezogen werden sollen. Es dürften also die Richtlinien maßgebend werden, die in folgender von der sächsischen Regierung an die Gemeinden bereits erteilten Anweisung niedergelegt sind:

„An verschiedenen Orten hat es sich bewährt, die Arbeitslosenunterstützungen der Gemeinde an organisierte Arbeiter gleichzeitig mit der Unterstützung der Gewerkschaft, des Gewerksvereins oder des Verbandes durch diese zur Auszahlung zu bringen. Jedenfalls aber dürfen Unterstützungen der Gewerkschaften sowie der Gewerks- und Versicherungsvereine, die Ersparnisse der unterstützten Personen darstellen, keinesfalls höher als zur Hälfte in Rechnung gestellt werden.“

Besser wäre ja zweifellos die Einführung einer einheitlichen Reichsarbeitslosenversicherung gewesen. Unter den gegebenen Verhältnissen jedoch müssen wir uns mit dem Gebotenen bescheiden, aber auch alles aufbieten, daß die Gemeinden ihren sozialen Verpflichtungen nachkommen und nunmehr eine Arbeitslosenfürsorge schaffen. Die Mittel werden ihnen ja zur Verfügung gestellt.

Wenn auch zugegeben werden darf, daß der Beschäftigungsgrad in vielen Industriezweigen durchaus günstig ist, selbst günstiger als in Friedenszeiten, so gibt es doch auch viele Berufe, die schwer darniederliegen. Außerdem läßt es sich auch noch gar nicht absehen, ob nicht im Laufe des Winters ein allgemeiner Niedergang eintritt. Da gilt es bei Zeiten Vorkehrungen zu treffen. Auf die lange Bank darf diese wichtige Angelegenheit nicht geschoben werden, und auch wenn an einem Orte die Arbeitsverhältnisse noch günstig liegen, darf von der Einführung einer Erwerbslosenfürsorge nicht abgesehen werden. Leider gibt es nicht wenige Gemeindeverwaltungen, in denen das genügende soziale Verständnis für die Bedeutung dieser Frage fehlt. Da muß eben nachgeholfen werden. Wo Gewerksvereinskollegen in solchen Verwaltungen sitzen, da müssen sie mit aller Entschiedenheit dahin wirken, daß nun endlich die Arbeitslosenfürsorge zur Tat wird. Wo dies nicht der Fall ist, muß der Ortsverband entweder durch persönliche Vorstellung oder durch eine Eingabe darauf dringen. Wann ein solcher Versuch bisher vergeblich gewesen ist, so muß er unter allen Umständen erneuert werden, da sich ja inzwischen die Verhältnisse durch den Reichstagsbeschluß geändert haben.

Und noch ein anderes Moment darf nicht außer acht gelassen werden! Will man eine allzu bürokratische Sandhaube bei der Durchführung vermeiden, so müssen, wie dies auch ausdrücklich gewünscht wird, Vertreter der Arbeiterorganisationen zur Mitarbeit herangezogen werden, und zwar ohne Unterschied der gewerkschaftlichen Richtung. Das will besagen, daß unsere Kollegen überall auf dem Posten sein müssen, damit auch die Gewerksvereine ihr Wort mit in die Waagschale werfen können. Das Ansehen unserer Organisa-

tion erfordert es, daß wir uns in dieser für die gesamte Arbeiterschaft so überaus bedeutsamen Angelegenheit nicht in den Hintergrund drängen lassen.

Wir haben Ortsverbände, die in dieser schweren Zeit keine Möglichkeit zu öffentlicher Betätigung finden zu können glauben. Hier bietet sich ihnen eine vortreffliche Gelegenheit, etwas schaffen zu helfen, was nicht nur ihnen, sondern der gesamten Arbeiterschaft Vorteil bringt. Nützen wir sie also aus, auch weil wir dadurch agitatorisch für unsere gute Sache wirken können. Und wo Kollegen von uns zur Beratung von den Gemeinden herangezogen werden, da ist es selbstverständlich Ehrenpflicht, daß sich niemand dieser Aufgabe entzieht, sondern daß jeder mit Ernst und Gewissenhaftigkeit ans Werk geht. Denn es wäre tieftraurig, wenn Reich und Staat die Verpflichtung zur Einführung einer Arbeitslosenfürsorge zwar anerkennen, die daran am meisten beteiligten Arbeiter es aber an dem nötigen Eifer zur Verwirklichung der Sache fehlen ließen. Deshalb darf wohl mit Bestimmtheit erwartet werden, daß diese Mahnung überall die erhoffte Beachtung findet.

Fürsorge für Kriegsinvaliden.

Diese wichtige Frage bildete den Gegenstand der Erörterungen in einer von der Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft für Soziale Reform zum Dienstag einberufenen Sitzung. Das einleitende Referat hatte Dr. S. Kraus vom Gemeinnützigen Institut zu Frankfurt a. M. übernommen.

Der Vortragende legte zunächst dar, daß praktische und wissenschaftliche Tätigkeit auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege ihn vor längerer Zeit zu Untersuchungen über das Berufsständel von beschränkt Erwerbsfähigen geführt hätten und daß eben das erste abgeschlossene Stück dieser Untersuchungen, das das Schicksal von Unfallverletzten betrifft, als Buch erschiene. Der vor kurzem ausgebrochene Krieg habe ohne weiteres nahe gelegt, die praktischen Forderungen, zu denen die Untersuchung des Schicksals der Unfallverletzten geführt hätte, auch für die Kriegsinvaliden zu erheben. Die Fürsorge, meinte der Vortragende, die bisher für beschränkt Erwerbsfähige geleistet worden wäre, sei hauptsächlich Heilfürsorge und Rentenfürsorge gewesen, das heißt, man hätte sich bemüht, durch ärztliches Verfahren die Kräfte der beschränkt Erwerbsfähigen nach Möglichkeit zu heben und hätte ihnen für den trotz solcher Bemühungen etwa verbliebenen Rest an Erwerbsunfähigkeit eine entsprechende Rente gezahlt. Dagegen hätte man zumeist es den beschränkt Erwerbsfähigen überlassen, für den Rest ihrer Arbeitskraft Verwertungsmöglichkeiten zu finden. Das hätte dazu geführt, daß ein Uebermaß noch verwertbarer Volkskraft zum Bruchliegen verurteilt wurde; denn alle Praktiker der sozialen Fürsorge stimmten darin überein, daß es für solche Arbeitskräfte unendlich schwierig sei, auch Arbeit zu finden. Man solle sich nur einmal den Umfang und die furchtbaren gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sittlichen Schäden dieser Arbeitslosigkeit vor Augen halten und daraus den Antrieb gewinnen, möglichst rasch eine Organisation der Arbeitsfürsorge, zunächst für die beschränkt erwerbs-

fähigen Krieger zu schaffen. Aufgabe dieser Organisation, für welche die erste Einrichtung z. B. in Frankfurt a. M. schon vorhanden ist, sei es, sich über die nach Abschluß des Heilberfahrens etwa noch vorhandenen Fähigkeiten und Fertigkeiten Kenntnis zu verschaffen und auf Grund solcher Kenntnis die Unterbringung in geeigneten Arbeitsstellen der Landwirtschaft, des Gewerbes, des Handels und der öffentlichen Verwaltung zu betreiben. Diese Organisation der Arbeitsfürsorge muß auf breiter Grundlage aufgebaut sein, alle in Betracht kommenden Organisationen und Personen zur Mitarbeit heranziehen. Das wäre eine Vorbedingung des erfolgreichen Wirkens. Eine andere Vorbedingung bestände in der Werbung des Anpassungswillens der beschränkt Erwerbsfähigen; als Mittel der Werbung bezeichnet der Vortragende in längerer Ausführung: ein gründliches Heilberfahren; die Festsetzung einer Schonzeit, innerhalb welcher die nach Abschluß des Heilberfahrens festgesetzte Rente nicht herabgesetzt werden dürfte, um die Konzentration des beschränkt Erwerbsfähigen auf seine wirtschaftliche Reuanpassung nicht durch Rentenkämpfe zu hemmen; geistige Bildungsarbeit, die Charakter und Intelligenz des beschränkt Erwerbsfähigen unmittelbar zu stärken sucht nach dem Grundsatz, daß körperliche Verluste durch geistige Gewinne möglichst ausgeglichen werden sollten; schließlich Familienfürsorge, die dem beschränkt Erwerbsfähigen die Sorge um das Schicksal seiner Familie erleichtert, indem sie der Ehefrau mit Rat aller Art beisteht, ihr etwa notwendige Erwerbsarbeit zugänglich macht, die Kinder wenn notwendig in Fürsorge-Einrichtungen unterbringt und dergl. Diese Familienfürsorge müsse auch den Hinterbliebenen gefallener Krieger zuteil werden.

Dem Vortrage folgte eine sehr eingehende Aussprache, die mancherlei neue Anregungen brachte. Von unserer Seite sprachen die Kollegen Sartmann und Gleichauf, von denen der erstere den Wunsch aussprach, daß zu den weiteren Beratungen, die in dieser wichtigen Angelegenheit recht schnell folgen müßten, auch Vertreter aller Arbeiterorganisationen heranzuziehen seien. Dieser Gedanke fand auch in der Versammlung, die auch der Erwartung Ausdruck gab, daß in gründlicher Weise darauf hingearbeitet werden müsse, die behandelte Frage in einer für das ganze deutsche Volk befriedigenden Weise zu lösen. Offenlich werden diese Erwartungen nicht enttäuscht! Der

Die Internationale und der Krieg.

Die deutsche Arbeiterschaft in ihrer großen Mehrheit erblickt in jedem Kriege ein Unglück, das aber, so lange es nicht aus der Welt geschafft ist, sie nicht hindern kann, ohne irgend welche Rücksicht für die Ehre und den Schutz des Vaterlandes zu kämpfen. Das haben die Ereignisse jetzt mit aller Deutlichkeit bewiesen. Der Gedanke, die Feinde des Vaterlandes absichtlich und planmäßig wirtschaftlich zu vernichten, liegt den deutschen Arbeitern fern. Anders ist die Stimmung in den uns feindlichen Staaten, namentlich in England. Dort wurde als Ziel des Kampfes die wirtschaftliche Vernichtung des Deutschen Reiches gepredigt, und wenn auch ein großer Teil der Arbeiterschaft auf einem anderen Standpunkt stehen mag, so ist es doch bezeichnend für den Geist, der immer mehr an Boden gewinnt, daß mehrere Vertreter der Arbeiter in England öffentlich den wirtschaftlichen Krieg gegen Deutschland proklamieren.

Die englische Zeitschrift „Engineer“ behandelt in einem größeren Artikel, der sich durch fünf Nummern hinzieht, den „Wettbewerb mit Deutschland in der Eisen- und Stahlindustrie“ und kommt zu dem Ergebnis, daß das Endziel des Krieges die planmäßige Vernichtung aller großen industriellen Betriebe in den durch die Verbündeten besetzten deutschen Bezirken sein muß. Die Vernichtung deutscher Werke soll natürlich der einschlägigen englischen Industrie zugute kommen. Und der Generalsekretär des dem internationalen Metallarbeiterbunde angehörenden Verbandes der englischen Eisen- und Stahlwerksarbeiter schreibt in einem Zirkular an seine Mitglieder: „Die Pflicht unserer Mitglieder während des Krieges besteht darin, bei der Ueberwindung der Deutschen auf wirtschaftlichem Gebiete zu helfen. Die Unternehmer werfen sich schon in den großen Kampf, um den deutschen Handel zu erobern. Ohne unsere Zustimmung wird der Kampf nutzlos

bleiben.... Wir müssen beide sitzen.“ („Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“.) Hier kommt der kalt rechnende Engländer in seiner ganzen Größe zum Ausdruck. Erst das Geschäft, dann die nationale Ehre! Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die Aufforderung zur wirtschaftlichen Ruinierung Deutschlands auch in der englischen Arbeiterschaft guten Boden findet; denn durch die vielen „Friedens“-Besuche in Deutschland ist der Reiz über unsere aufstrebende Industrie noch vermehrt worden. Kein Wunder, wenn den deutschen Krieger ein bis dahin unbekannter Haß gegen jenes Volk überkommt, denn er kämpft jetzt nicht nur für sein Vaterland, sondern auch für seine Existenz. Es wäre ein ganz unnatürlicher Vorgang, wenn unter solchen Umständen nicht auch im deutschen Mittel das Blut zur Wallung käme.

Geradezu Verblüffung ruft aber hervor, wie anerkannt politische Führer des äußersten linken Flügels der Arbeiter in Frankreich, Belgien, Italien über den Kulturstaat Deutschland urteilen. Ein französischer Sozialist, von dem kürzlich ein Brief über die politische Lage veröffentlicht wurde, sieht in dem Sieg Deutschlands den Beginn der Sabelherrschaft über die ganze Welt, ein namhafter Italiener zieht im Interesse der aufstrebenden Zivilisation den Sieg Russlands über Deutschland vor und der sozialistische Minister Vandervelde in Belgien hat vor kurzem im Auftrage des Königs Albert vor zwei Regimentern einen Vortrag gehalten, worin er sagte, daß die Tatsache der Anwesenheit der indischen und senegalesischen Soldaten in der Armee der Verbündeten beweise, daß jetzt die ganze Menschheit für die Freiheit und Zivilisation gegen die Deutschen kämpfe.

Man fragt sich da, wie es möglich ist, daß solche Männer derartigen reden können. Nach ihrem Urteil muß doch Deutschland Kultur, Zivilisation und Freiheit überhaupt nicht kennen. Und solche Ansichten sind in den letzten Monaten nicht vereinzelt bekannt geworden, sondern sind fast Allgemeinut unserer Feinde. Eine derartige Einschätzung unserer Gegner durch gleichwertige Führer in Deutschland ist erfreulicherweise nicht eingetreten. Das ist wohl schon für deutsche Bildung und Zivilisation bezeichnend.

Diese Auffassungen werden aber verständlicher, wenn wir den Charakter der einzelnen Nationalitäten in Betracht ziehen. Die Franzosen und Engländer halten ihre Nationen für die höchst entwickeltesten; sie sind stolz darauf und machen sich gar nicht die Mühe, auch einen durchgreifenden Einblick in andere Nationen zu erhalten. Fremde Sitten und Gebräuche, Kultur und Zivilisation imponieren ihnen nicht. In dieser Ueberhebung sind alle Schichten dieser Nationen bestärkt worden durch die geradezu peinlich wirkende Nachsicht alles Fremden durch die Deutschen. Dazu trägt auch bei, daß der Deutsche als solcher kein so ausgeprägtes Selbstbewußtsein hat und über andere Völker nicht so wegzusehen denkt. Die deutsche Gemütsart ist eben eine ganz andere. Aber das entschuldigend nicht. In unserer ganzen Erziehung und Weltanschauung sind viel Fehler gemacht worden. Wir sollten unser Vaterland und seine Einrichtungen selbst höher einschätzen, namentlich dem Auslande gegenüber. Die Vorliebe und mitunter unberechtigte Verherrlichung von politischen, sozialpolitischen und wirtschaftlichen Einrichtungen in fremden Ländern sollte beschränkt werden und mehr Stolz über das, was wir selbst geschaffen haben, herrschen. Zu welchem Ende solche Verirrungen führen, sehen wir an der feindlichen Einschätzung. Selbst die Internationale hat mit ihren vielen Konferenzen, Tagungen, Zeitungen und Vorträgen nicht diese Vorurteile beseitigen können; es zeigt sich vielmehr, daß gerade in diesen Kreisen die größte Verborgenheit herrscht. Jedenfalls wird es in Zukunft unsere Hauptaufgabe sein, im Ausland mehr von unserem Schaffen, Wirken und politischen Wesen zu reden, um damit deutsches Denken den fremden Nationalitäten verständlicher zu machen. Es ist verkehrt, den Eindruck hervorzurufen, als wenn man unter Deutschen nur Unterdrückte zu verstehen hat. Jede der Person oder Partei, welche im Ausland eine solche Saat gesät hat! Der Völkerverhaß ist das Produkt. R. R.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 18. Dezember 1914.

Ein energischer Vorkämpfer der Sozialpolitik und Arbeiterrechte, Professor Lujo Brentano in München, vollendet am 18. Dezember sein

stiebzigstes Lebensjahr. Die deutsche Arbeiterschaft darf an diesem Tage nicht stillschweigend vorübergehen, und wenn auch der Jubilar mit unermüdegergeheiligem Anwalt Dr. Max Girsch mehrfach Differenzen auskämpfte, fühlen auch wir uns verpflichtet, heute Dank und Anerkennung auszusprechen für das, was Prof. Brentano für die deutschen Arbeiter geleistet hat. Der Ernst der Zeit verbietet es uns, auf die Ursachen der bestigen Kämpfe einzugehen, die er mit den Feinden der Arbeiterorganisationen gerade in den letzten Jahren ausgefochten hat. Wir begnügen uns deshalb mit der Feststellung der Tatsache, daß der berühmte Gelehrte in Wort und Schrift stets energisch für die Gleichberechtigung der Arbeiter eingetreten und der Fortführung der sozialen Reform ein eifriger Förderer gewesen ist. Möge ihm für seine weitere Tätigkeit noch ein langer und erfolgreicher Lebensabend beschieden sein!

Ein Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen ist am 13. Dezember in Berlin ins Leben getreten und hat seine Gründung dem Herrn Reichskanzler angezeigt. Die Arbeiterorganisationen und Vereine aller Richtungen, die großen Privatangestelltenverbände, die größten Beamtenorganisationen haben bereits ihren Beitritt erklärt. Es gehören dem Kriegsausschuß außerdem auch an das Bureau für Sozialpolitik, der deutsche Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit, der Deutsche Bäuerbund, der Bund deutscher Frauenvereine. Schon heute stehen hinter der Bewegung Verbände mit über sechs Millionen Mitgliedern, die mit ihren Angehörigen mindestens fünfzehn Millionen Konsumenten darstellen.

Als nächste Aufgabe hat sich der Ausschuß gesetzt: Eine Sammel- und Auskunftsstelle für alle Fragen der Volksernährung und des Massenbedarfs zu errichten, die Konsumenten aufzuklären und zu einem vernünftigen Verbrauch aller Vorräte zu veranlassen, den Behörden, Parlamenten und der Öffentlichkeit gegenüber als sachverständige Vertretung der Konsumenten tätig zu sein, gegen ungerechtfertigte Preissteigerungen sowie gegen Kriegswucher in jeder Form aufzutreten. Die vorläufige Adresse des „Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen“ ist: Berlin B. 30, Rollendorferstr. 29-30.

Einigungsamter für Miets- und Hypothekenauslagenheiten. In seiner letzten Sitzung hat der Bundesrat auf Grund der ihm am 4. August vom Reichstag erteilten Ermächtigung eine Verordnung erlassen über Einigungsamter, die der Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Mietern und Vermietern oder zwischen Hypothekenschuldnern und Gläubigern dienen. Die Errichtung solcher Einigungsamter ist den Gemeindebehörden überlassen. Die Bundesratsverordnung hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Ist im Bezirk einer Gemeindebehörde eine kommunale oder gemeinnützige Anstalt (Einigungsamter) mit der Aufgabe betraut worden, zwischen Mietern und Vermietern oder zwischen Hypothekenschuldnern und Hypothekengläubigern zum Zwecke eines billigen Ausgleichs der Interessen zu vermitteln, so kann die Landeszentralbehörde anordnen, daß die Vorschriften der §§ 2 und 3 Geltung haben sollen.

§ 2. Mieter, Vermietter, Hypothekenschuldner, Hypothekengläubiger sind verpflichtet, auf Ersuchen des Einigungsamtes vor diesem zu erscheinen. Die Gemeindebehörde kann sie hierzu durch eine einmalige Ordnungstrafe bis zu einhundert Mark anhalten.

Mieter und Hypothekenschuldner sind verpflichtet, über die für die Vermittlung erheblichen, vom dem Einigungsamte bestimmten zu bezeichnenden Tatsachen Auskunft zu erteilen. Die Vorschriften im Absatz 1 Satz 2 findet entsprechende Anwendung.

Gegen die Festsetzung der Ordnungstrafe (§ 2) findet Beschwerde statt. Sie ist binnen zwei Wochen bei der Gemeindeaufsichtsbehörde zu erheben; diese entscheidet endgültig.

§ 3. Die Gemeindebehörde ist befugt, von den im § 2 Abs. 1 bezeichneten Personen eine Verpflichtung an Eides Statt über die Richtigkeit und Vollständigkeit ihrer Auskunft entgegenzunehmen.

§ 4. Gemäß § 2 Abs. 1 findet in dem Verfahren, in dem die §§ 1, 2 oder 3 der Bekanntmachung des Bundesrats vom 7. August 1914 (Reichsgesetzbl. S. 369) oder die §§ 1 oder 3 der Bekanntmachung des Bundesrats vom 18. August 1914 (Reichsgesetzbl. S. 377) Anwendung finden, um die Verpflichtung zur Zahlung des Mietzinses oder des Zinses für ein hypothekarisches festgesetztes Darlehen oder die besonderen Rechtsfolgen, die wegen der Nichtzahlung oder der nicht rechtzeitigen Zahlung nach Gesetz oder Vertrag eingetreten sind oder eintreten, so hat das Gericht, sofern die Landeszentralbehörde von der ihr nach § 1 zu stellenden Befugnis Gebrauch gemacht hat, das Ein-

gungssamt vor der Entscheidung gutachtlich zu hören.

Der Gerichtsschreiber hat die Klage, die Ladung oder den Antrag in Abschrift dem Einigungsamt unverzüglich mitzuteilen. Das Einigungsamt ist verpflichtet, sein Gutachten mit tuschlicher Bescheinigung dem Gerichte mitzuteilen.

§ 5. Wer die gemäß § 2 Abs. 2 von ihm erforderte Auskunft wesentlich falsch erteilt, wird mit Geldstrafe bis zu 1000 M. bestraft.

§ 6. Die Landeszentralbehörden erlassen die Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung.

§ 7. Die aus Anlaß dieser Verordnung vorzunehmenden gerichtlichen Handlungen und das Verfahren vor dem Einigungsamt einschließlich aller hierfür erforderlichen Urkunden sind stempel- und gebührenfrei.

Einem Ausbau der Familien-Kriegsunterstützungen bedenden die neuen Richtlinien, welche die Reichsregierung kürzlich den Bundesstaaten zur Beachtung empfohlen hat. Danach sollen nämlich im Falle der Bedürftigkeit künftig Unterstützungen auch gewährt werden:

1. den Stiefeltern, Stiefgeschwistern und Stiefkindern des in den Dienst eingetretenen, insofern sie von ihm unterhalten worden sind oder das Unterhaltungsbedürfnis erst nach erfolgtem Dienstaustritt desselben hervorgerufen ist; ebenso den unehelichen mit in die Ehe getrahten Kindern der Ehefrau, auch wenn der Ehemann nicht ihr Vater ist; elternlose Enkel des Einberufenen sind den ehelichen Kindern des eingetretenen gleichzustellen.

2. den Familien derjenigen im wehrfähigen Alter stehenden Mannschaften, die infolge der kriegerischen Ereignisse nicht mehr in der Lage waren, in die Heimat zurückzuführen, sofern glaubhaft gemacht wird, daß sie als Gefangene im feindlichen Ausland zurückgehalten werden, wobei kein Unterschied zu machen ist, ob sie vom Feinde als Kriegsgefangene oder Zivilgefangene behandelt werden. Das gleiche gilt bezüglich solcher Mannschaften, von denen glaubhaft gemacht wird, daß sie im Ausland bei einem Marine- oder Truppenteile zur Einstellung gelangt sind.

Endlich wird noch dafür Vororge getroffen, daß, falls der in den Dienst eingetretene vor seiner Rückkehr verstirbt oder vermißt wird, zwischen dem Fortfall der Familienunterstützung und dem wirklichen Bezuge der Hinterbliebenenrente eine Unterbrechung nicht eintritt, ebenso wenn der in den Dienst eingetretene infolge einer Verwundung oder Krankheit als felddienlich- oder garnisondienlichunfähig zur Entlassung kommt und ihm eine Kriegsinvalidentrente zugesprochen wird.

Offenlich handeln die Bundesstaaten nach diesen Richtlinien, weil dadurch der Kreis der Anspruchsberechtigten nicht unerheblich erweitert wird.

Arbeitsgemeinschaft für das Bauhandwerk. Auch für das Bauhandwerk von Groß-Berlin ist für die Dauer des Krieges eine Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in das Leben gerufen worden. An dieser Arbeitsgemeinschaft ist das Kartell der Arbeitgeberverbände in den Bauhandwerken Groß-Berlins, das mit seinen 20 Unterverbänden fast das gesamte Bauhandwerk der Reichshauptstadt umfaßt, zusammen mit allen in Betracht kommenden Arbeiter-Organisationen und zwar ohne Unterschied ihrer gewerkschaftlichen oder politischen Richtung beteiligt. Die Arbeitsgemeinschaft wird sich zunächst bemühen, durch Vorstellungen bei den Behörden die Inangriffnahme neuer Bauarbeiten zu veranlassen. Sie hofft, durch ihre Bestrebungen und durch das Entgegenkommen, welches von den Behörden erwartet wird, auch die Wiederaufnahme der privaten Bautätigkeit anregen zu können. Im Interesse des für das wirtschaftliche Leben so wichtigen Bauhandwerks ist den Bemühungen der Arbeitsgemeinschaft der beste Erfolg zu wünschen.

Der Goldbestand der Reichsbank. Ein reicher Goldschatz ist eine starke Waffe im Kriege. Deshalb ist es freudig zu begrüßen, daß der Goldbestand der Reichsbank während des Krieges sich anbauend reichert. Nach Mitteilungen in der Tagespresse verfiel die Reichsbank Anfang August über 1366,86 Millionen Mark in Gold, Anfang November waren es schon 1915,77 Millionen Mark, und jetzt ist die zweite Milliarde schon weit überschritten. Diese rasche Steigerung in wenigen Wochen des Krieges spricht um so mehr von der Zuversicht der Geschäftswelt in unsere Organisationen des Zahlungs- und Kreditwesens, als das der Reichsbank zuziehende Gold ausschließlich aus dem Inland stammt. Auch die Bank von England hat einen großen Zuwachs ihres

Goldbestandes aufzuweisen, aber ihre Verstärkungen stammen zum größten Teil nicht aus dem Inland. Es hat eben doch seine Vorteile gehabt, daß die Zirkulation bei uns in Deutschland noch recht kräftig mit Gold gesättigt war.

Daneben können weder Frankreich noch England aufkommen. Hätte man das im Verfehr befindliche Gold schon früher in der Reichsbank konzentriert, so wäre wahrscheinlich die Kreditvermehrung noch in viel stärkerem Grad ausgedehnt worden, als es so schon geschehen war. Wir befinden uns in dieser Beziehung in einer von Frankreich gänzlich abweichenden Situation. Die Bank von Frankreich verfügt über einen sehr hohen Goldbestand, aber die Kreditbedürfnisse sind dort lange nicht so stürmisch wie bei uns im Aufschwung befindlichen Wirtschaftsleben.

Wir haben keine erschöpfende Kenntnis von dem bei uns vorhandenen Goldvorrat, aber auf Grund der Zufüsse der letzten Monate an die Reichsbank können wir doch annehmen, daß er größer ist, als ihn vorsichtige Schätzungen bisher angenommen haben. Wenn nunmehr weit über zwei Milliarden Mark in der Reichsbank lagern, so kann man mit gutem Grund vermuten, daß in Privatwirtschaften und Unternehmungen noch immer recht stattliche Beträge von Gold vorhanden sind, nicht etwa nur in Münzen, sondern vor allem auch in Form von Schmud- und Nutgegenständen, deren Wertsumme für gewöhnlich sehr unterschätzt wird. Hat man doch in Frankreich die industrielle Verarbeitung von Gold auf 50 Millionen Mark jährlich beschränkt. Und wenn auch dieser Betrag in früheren Jahren beträchtlich geringer war, so ist doch allmählich der Wert des zu Waren verarbeiteten und in dieser Form aufzubewahrenden Goldes zu einem Betrag angestiegen, der eine Milliarde Mark ganz erheblich überschreiten dürfte. Trotz allen Zuwachses an Goldmünzen in der Reichsbank darf weiter angenommen werden, daß noch ein stattliches Heer von Goldsündern in der Reserve gehalten wird, die im einzelnen zwar verschwindend klein sein mögen, in der Gesamtheit aber ebenfalls noch einen äußerst stattlichen Betrag ergeben. Seit dem 31. Juli hat jeder Ausweis der Reichsbank eine ansehnliche Zunahme des Goldbestandes gebracht, und es ist damit zu rechnen, daß die steigende Bewegung sich vorläufig noch weiter fortsetzt. Für die Kreditgewährung und die Regelung des Zahlungsverkehrs im deutschen Wirtschaftsgebiete während des Krieges ist dies: Erscheinung von erfreulicher Wirkung. Selbst in gut orientierten Kreisen hatte man mit einer solchen Gestaltung des Goldbestandes der Reichsbank nicht gerechnet. Man hätte sich auch ohne diesen starken Zufluß zu helfen vermocht, aber man blickt auf die zweite volle Milliarde Gold in der Reichsbank mit um so größerer Genugtuung, je überraschender und schneller sie erreicht worden ist.

Wie englische Arbeiter über den Krieg denken, das zeigen folgende Auslassungen in einem Zeitartikel des „Labour Leader“, die wir der „Frff. St.“ entnehmen:

„Was immer vom letzten Krieg gesagt wird oder auch vom nächsten, dieser Krieg jetzt ist ein heiliger Krieg. Das britische Vorgehen zu Lande und zur See ist gerecht und darüber besteht auch nicht der geringste Zweifel. Jeder Engländer muß stolz darauf sein, daß sein Land jetzt am Kriege teilnimmt. Die Deutschen sind böswärtig, blödsinnig, verwerflich, brutal und schlecht. Deutschland muß niedergeschmettert werden, so daß es sich niemals mehr erheben kann. Großbritannien ist durch den Muthochssten auszuwählt worden, um ein Volk zu vernichten, das sich in der gleichen Weise rühmte, wie wir es selbst tun. Dies ist jetzt der Schrei aller Patrioten“, so ist das eraltierte Gefühl, das alle Vernunft beiseite läßt und das man Patriotismus nennt. Dies ist das verderbliche Gift, das augenblicklich das Blut der Nation durchfließt. Jeder, der es wagt, ein Wort über die Haltung Großbritanniens in diesem Kriege zu sagen, ist verurteilt, als prodeutsches (deutschfreundliches, D. Med.) zu gelten, als antipatriotisch und wird verdächtigt, den Mut unserer Soldaten herabzusetzen. Jede Kritik an unserer heutigen Diplomatie oder der Diktanden, die die Rüstungsmacher einsetzen, indem sie Rom aufstauen oder der trunkenen Wege unserer Werbemethode aber der ungenügenden Versorgung für die Hinterlassenen unserer Soldaten gilt jetzt als prodeutsches. Die Demokratie leidet augenblicklich an einer Gießesbewirung und kennt ihre Freunde nicht, und die Leute, die die berufenen Männer sind, um sich den Arbeitern zu widmen, werden demotiert. Auf der anderen Seite werden viele von denjenigen, die es so außerordentlich energisch verstanden haben, den Arbeitern zum Kriege zu raten, keinen Augenblick gegögert haben, die Soldaten selbst gegen die Arbeiter zu befehlen. Diese Verwirrung der Demokratie wird vorübergehen. Es wird ein trauriges Erwachen zur Wirklichkeit werden und dann

wird ein harter Rückschlag kommen gegen dieses sieglose Schlachten. Die Feinde dafür erheben sich schon am Horizont. Wir, die wir den Krieg beurteilen, und die wir uns weigern, England von Schuld freizusprechen, und die wir glauben, daß die Verletzung der belgischen Neutralität keineswegs der wahre Grund für unsere Teilnahme am Kriege bildet, sind nicht zu vergleichen mit den sogenannten Patrioten hinsichtlich der Bewunderung des Heldentums unserer Soldaten. Dieses Heldentum ist eine der schönsten Seiten der menschlichen Natur, und es bildet das einzig erfreuliche in der sonst so trüben Tragödie. Also möge man es zulassen, daß wir alle sagen, daß der deutsche Terrorismus in gleicher Weise bei den Engländern gefunden werden kann. Man ist hier allzuleicht dazu bereit, den deutschen Kampf als grausam und barbarisch hinzustellen und alles das mit berartigen Adjektiven zu bezeichnen, was wir als tübn und mutig bei unseren eigenen Soldaten finden würden.“

Der „Labour Leader“ ist das Organ der unabhängigen Arbeiterpartei Englands. Seine Ausführungen zeigen, daß wenigstens bei einem Teil der englischen Arbeiter noch nicht jedes Gerechtigkeitsgefühl verloren gegangen ist.

Der Zentralausschuß der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung hielt am 12. d. Mts. unter dem Vorsitz des Bringen Feinrich zu Schoenaid Carolath im Reichstage eine Sitzung ab. In der Sitzung wurde über die Kriegsarbeit der Gesellschaft eingehend Bericht erstattet. Die Gesellschaft hat sich an der Versorgung der Lazarett- und der Stappen- und Truppenlager mit Bäckereien und Zeitchriften, soweit es ihre eigenen Mittel und die ihr zur Verfügung gestellten Büchergaben und Darmittel gestatteten, beteiligt. Bis Anfang Dezember wurden 43 980 Bücher und 41 080 Bände und Gesetze von Zeitchriften, zu gut ausgewählten Bäckereien zusammengestellt, verandt. Eine große Zahl von Büchern wurde aber auch an kleinere Truppenteile abgegeben und einzelnen Kriegern zur Weitergabe an ihre Kameraden überlassen. Die Veranstellung von vaterländischen Vortragsabenden ist von der Gesellschaft in allen Teilen des Reiches angeordnet worden und wird durch Ausbilden von Vortragenden und Lieferung von Lichtbildvorlesern und Vorträgen, die die Kriegsbereitschaft behandeln, fortgesetzt unterstützt. In Berlin veranstaltete die Gesellschaft selbst seit Beginn des Krieges 70 vaterländische Vortragsabende, die von über 30 000 Personen besucht waren. Es wurde beschlossen, diese Arbeit in größerem Umfang fortzusetzen und die erforderlichen Mittel wurden zur Verfügung gestellt.

Die 528. Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltungen — ein ostpreussischer Regimentsabend von Herrn Otto Montau — findet am Sonntag, den 20. Dezember, abends 7 Uhr, im Bürgeraal des Berliner Rathhauses statt.

Gewervereins-Teil.

1. Dasselbe. Der Krieg hat auch in unseren Ortsverbänden große Wunden gerissen. Vom Vorstande ist nur ein einziger zu Hause geblieben; alle andern, wie auch ein großer Teil der Ortsverbandsvertreter sowie der Ortsvereinsvorstände befinden sich im Felde, im ganzen 30 Kollegen. Ungewißheit dessen, die die Zurückgebliebenen betrifft, alles zu tun, was im Interesse und zur Förderung unserer Gewervereinstattgefundener gemeinsamen Sitzung der Ortsverbandsvertreter und der Ortsvereinsvorstände gab der Vorsitzende Kollege Jngenhausen, einen Bericht über die Tätigkeit des Ortsverbandes während der Kriegszeit. Aus diesem Bericht ist kurz erwähnt, daß die Gewervereine in der Zentrale wie auch in den einzelnen Unterabteilungen der vor der Stadt eingerichteten Kriegsfürsorgestellen vertreten sind. Erfreulich sei vor allen Dingen, daß alle Ortsvereinsvorstände gemeinsam in dieser Beziehung arbeiten. Die von der Stadt eingeführte Arbeits- und Erwerbslosen-Unterstützung gemäß Beträge bis zur Höchstgrenze von 90 M. monatlich; eine Verringerung sei auf Antrag der Organisationsvertreter bezüglich der einzelnen Fälle ab 1. Dezember eingetretten, wonach nunmehr 80 Pfg. für das Familienoberhaupt allein, 1,90 M. für Mann und Frau zusammen, und 26 Pfg. für jedes im Hause lebende Kind oder für erwachsene Zugehörige bezahlt würden, bei einer Höchstgrenze von 3 M. pro Tag einschließlich Sonn- und Feiertage. Zur Feststellung der Berechtigung für diese Unterstützung wie auch der sonstigen Familienfürsorge leitens der freiwilligen Liebestätigkeit sind 24 Unterabteilungen gebildet, wo in jeder ein Vertrauensmann unseres Gewervereins als Helfer mit tätig ist. Sodann nahmen wir an den Sitzungen zwecks Beratung der Lebensmittelpreise teil. In einer gemeinsamen Eingabe wurde ferner die Erhöhung der Kriegsunterstützungen.

fäße für die Ehefrauen um 40 Pfg. pro Tag gefordert. Dieser Antrag fand leider nur zum Teil Entgegenkommen, indem auf Antrag im Falle der Bedürftigkeit eine Erhöhung um 30 Pfg. pro Tag für Frauen ohne Kinder und solche mit einem Kinde gewährt werden soll. Die Höchstgrenze der Kriegsunterstützung bleibt wie bisher auf 90 M. pro Monat bestehen.

In dem Ausschuss zur Arbeitsgemeinschaft im Baugewerbe ist der Ortsverband ebenfalls vertreten, und erfreulicherweise muß konstatiert werden, daß sowohl in Düsseldorf wie überhaupt in Rheinland und Westfalen ein gemeinsames Vorgehen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern erzielt wurde.

Die Sitzung befaßte sich ferner mit der Frage der Unterstützung an die Familien der Eingezogenen seitens des Ortsverbandes. Von einzelnen Ortsvereinen sind derartige Unterstützungen zum Teil laufend und zum Teil als einmalige schon gewährt worden; auch haben alle Ortsvereine den im Felde stehenden Kollegen wiederholt kleine Liebesgaben gesandt. Die soziale Kommission hatte einen Vorschlag ausgearbeitet dahingehend, den Frauen 5 M. und für jedes Kind 1 M. als Weihnachtunterstützung und den Ortsvereinen für jeden eingezogenen Kollegen 1 M. als Zuschuß für ein Weihnachtsgeschenk aus der Kasse des Ortsverbandes zu zahlen. Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen und jedem Ortsverein der für ihn in Frage kommende Betrag sofort ausbezahlt.

8. Gortli. Ueber die von der Stadt Gortli geschaffene Kriegsbeschäftigtenfürsorge seien noch folgende Mitteilungen gemacht: Der Unterstützungssatz ist für den Antragsteller auf 24 M. monatlich festgesetzt. Für jede weitere zu unterhaltende Person werden noch 6 M. monatlich und zur Gesamtsumme 4 M. festgelegt in den Wintermonaten gewährt, so daß ein Arbeitsloser mit Frau und 2 Kindern folgende Summe erhält: Antragsteller 24 M., Frau 6 M., 2 Kinder 12 M., Heizung 4 M. = 46 M. Kleinere beständige Einkommen und Unterstützungen der Organisationen werden angerechnet und kommen in voller Höhe in Anrechnung dazu. Der Magistrat stellt außerdem Erhebungen an, wieviel in anderen Städten die Arbeitslosenunterstützung der Organisationen in Anrechnung gebracht wird, nämlich nur auf energisches Vorgehen der organisierten Deputationsmitglieder, darunter auch der Interessierten, welche keine Einkommen bis 3 M. pro Woche nicht angerechnet würdigen. Soffentlich ist das Vorgehen der Organisationen von Erfolg geteilt!

9. Schramberg. Am 6. Dezember hielt der Ortsverband Schramberg und Umgebung seine Generalversammlung in Schilbach ab. Der Versammlung ging eine Vertreterprüfung voraus, in der die Verbandswahl fürs kommende Jahr erledigt wurde. Es wurde beschlossen, daß der erste und zweite Vorsitzende aus der Mitte der Versammlung gewählt werden sollen. Als Kassierer wurde der seitherige Kassierer, Kollege Stehle-Schiltach, wiedergewählt, zum

Schriftführer Kollege Roosmann-Rauterbach. Festgestellt wurde noch, daß 86 Kollegen des Ortsverbandes bis jetzt zu den Fahnen gemustert worden sind. Es wurde nun zur Versammlung übergegangen. Der I. Vorsitzende, Kollege Schabale, gedachte in seiner Begrüßungsansprache des auf dem Felde der Ehre gefallenen Kollegen Gottfried Spinner, zu dessen Andenken sich die Versammelten von ihren Sichen erhoben. Ferner gab er bekannt, daß der Kollege Eugen Obergfell-Rauterbach für Tapferkeit vor dem Feinde das „Eiserne Kreuz“ erhielt. Sodann wurde zur Erledigung der Tagesordnung übergegangen. Als I. Vorsitzender wurde der seitherige Vorsitzende, Kollege Schabale-Schramberg einstimmig wiedergewählt, als zweiter Kollege Stehle-Alpirsbach. Nachdem der geschäftliche Teil erledigt war, hielt Kollege Roosmann einen Vortrag über „Krieg und die Arbeiterorganisationen“. Die künftigen Ausführungen wurden von den Versammelten mit großem Interesse verfolgt. An den Vortrag schloß sich eine rege Debatte, an der sich u. a. der Agitationsleiter der Fabrik- und Handarbeiter, Kollege Armbruster-Rauterbach und Kollege Winler-Schramberg beteiligten. Die interessant verlaufene Versammlung fand ihren Abschluß mit dem Wunsch, die Arbeiterschaft möge aus dem gegenwärtigen Kriege lernen, daß nur durch feste Einigkeit und Geschlossenheit Großes geleistet werden kann.

Franz Roosmann, Ortsverbands-Schriftführer.

Verbands-Teil.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsrat der Deutschen Gewerkschaften (G.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkschaften, Greifswalderstraße 221/28. Nächste Zusammenkunft Mittwoch, 6. Januar, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag des Kollegen Wikav Hartmann-Gewerkschafts-Vereins (G.-D.). Jeden Donnerstag, abds. 9-11 Uhr. Verhandlung i. Verbandskaufe d. Deutschen Gewerkschaften (Greiner 1914). Nächste Sitzung, d. 20. Dezember 1914. Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin III. Vormittag 10-12 Uhr. Jahrlag im Rindweid-Casino, Witt-Normittag 5. Einziehung der Mitgliedsbeiträge. Nachmittags 5 1/2 Uhr. Mitgliedsbesprechung in den Aminius-Hallen, Bremerstr. 72/73.

Orts- und Regionalverbände.
Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreter-Sitzung im Durland Gesellschaftshaus, Bremen, Reitenstraße - Göttingen (Distriktsrat). Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Janßen, Bombenwerk 43. Bremen, Gewerkschafts-Vereinsklub jeden Mittwoch, abds. 8 1/2-11 Uhr. Verhandlung i. Verbandskaufe. Jeden letzten Sonntag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Vertreterprüfung bei Regen-Kampfer, Alsterfeld, Außenstr. und Erdolmschtr.-Gäßchen (Ortsverband). Jeden Sonntag, abds. 8-10 Uhr, Distriktsrat i. Verbandskaufe, Kronprinzenstr. 58.
Frankfurt a. M. (Gewerkschafts-Vereinsklub). Jeden Freitag von 8-10 Uhr. Verhandlung i. Verbandskaufe. Nächste Sitzung, d. 16. Verbandskollegen herzgl. willkommen! - **Geislar (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag

im Monat, vormittags 10 Uhr Vertreterprüfung. Jeden ersten und dritten Sonntag, abends 6-8 Uhr, Distriktsrat i. Verbandskaufe von C. Simon, Alter Markt. - **Naumburg (Ortsverband).** Jeden dritten Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr. Distriktsrat bei Ludwig-Wandburg (Ortsverband). Jeden 2. Freitag im Monat, 8 1/2 Uhr Ortsverbandvertreterprüfung bei Rose, Heinestr. - **Hamburg (Kreuzer-Kasse).** Jeden Montag von 10 bis 11 1/2 Uhr bei Grell, Lagerstraße 2. - **Hamburg (Gewerkschafts-Vereinsklub).** Jeden Donnerstag. Verhandlung i. Verbandskaufe bei Thönert in Altona, Gensbühlertstraße 48-50 - **Serau (Ortsverb.).** Jeden 1. Sonntag im Monat. Sitzung bei W. W. Ruhe, Bahnhofstr. gegenüber der evang. Kirche. - **Sferlohn (Distriktsrat).** Jeden 3. Mittwoch im Monat abds. pünktlich 8 1/2 Uhr bei D. Hilpe, Mendenerstr. 5. - **Wilm (Ortsverb.).** Jeden 2. Mittwoch im Monat, abds. 8 1/2 Uhr Vertreterprüfung in der Lenz-Erdolmsch, Kreuzgasse. - **Leipzig (Gewerkschafts-Vereinsklub).** Die Verhandlung i. Verbandskaufe finden jeden Mittwoch abends 9-11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. - **Leipzig (Ortsverband).** Vertreterprüfung am 6. Januar 1915. (Hohnejahr). Abends 6 Uhr im Verbandslokal. Die bisshigen und etwaige neu-gewählte Vertreter haben sämtlich zu erscheinen. - **Mühlheim (Ortsverb.).** Jeden zweiten Sonntag im Monat vormittags 11 Uhr, Vertreter-Sitzung im Verbandslokal bei Herrn Johann Müller, Sandstraße 88. - **Stettin (Sängerchor d. Gewerkschaften).** Die Verhandlung i. Verbandskaufe finden jed. Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststraße 5, statt. Stimmbegabte Kollegen herzlich willkommen. - **Regel (Distriktsrat für Regel, Vorhänge u. Kleidermacher).** Sitzung jeden Dienstag, abds. 8-10 Uhr bei Bömer, Schillerstraße 28, Cafe Schönebergerstraße. - **Thorn (Kader).** Jeden Sonntag, nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicolai, Kauerstr. 62. - **Wetzlar, Distriktsrat.** Jeden Donnerstag, abends von 8-10 1/2 Uhr. Distriktsrat beim Kollegen Schmel. - **Weihenfeld a. G. (Sängerchor „Harmonie“ der Deutschen Gewerkschaften).** Verhandlung i. Verbandskaufe, abds. von 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal, „Klostergarten“. - **Wiesbaden (Ortsverband).** Besondere Einladung der vereinigten Gewerkschaften (G.-D.) jeden Montag, abends 9 Uhr. Sitzung i. Verbandslokal „Alteinal“.

Veränderungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.
Saarbrücken. Verbands-Sekretariat Saarbrücken III, Föhrle-Str. 12.

Literatur.

Eingegangene Bücher und Broschüren.
Genauere Beschreibung einzelner Werke bleibt vorbehalten. Auslieferung erfolgt nicht.
Die Preisbewegung elektrischer Arbeit seit 1898. Von Dr.-Ing. Gustav Giesel. Verlag von Dunder u. Humblot, München und Leipzig.
Zwei Hefen für den Vorbereitung der zweiten internationalen Arbeiterkongressen von Bern 1913. Herausgegeben vom Bureau der Internationalen Vereinigung für geschlichen Arbeiterkampf. Verlag von Gustav Fischer, Jena.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Der Gewerkverein
Jahrgang 1913

auf feinem Papier gedruckt, dazuerst gebunden, für Verbandsmitglieder und Verbandsbibliotheken

5, sonst 7 Mark

bei vorheriger Einzahlung des Betrages.

NB. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.

Bestellungen an den Verbandskassierer
R. Klein,
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

Stralsund (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Unterstützung bei G. Detert, Badenstraße 81.

Weihenfeld a. G. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Unterstützungskarten auf dem Bureau der Schuhmacher und Lederarbeiter, Kollege K o g, Leipzigerstr. 26.

James i. Schl. (Ortsverb.). Unterstützung für durchreisende, arbeitslose Kollegen bei G. Wandel, Volkstr. 4.

Nadberg i. Sachl. Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten ein Ortsgeschenk im Betrage von 75 Pfg. bei dem Kollegen Richard Benzl, Niedergraben 15.

Edm und Wilhelm a. W. (Ortsverb.). Durchreisende erhalten Verpflegungskarten im Gewerkschaftsbureau, Severinstr. 156.

Geislingen, Württg. (Ortsverband). Als Ortsverbandsgeschenk erhalten durchreisende, arbeitslose Kollegen 60 Pfg. bei G. Sapper, Büttgenmacher, Hauptstr. 48.

Stettin (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Unterstützungskarten im Werte von 1,20 M. beim Kollegen Emil S. Schmidt, Stettin, Volkstr. 22 im Laden. Die Verbandsherausgabe befindet sich Alfabethstraße 49 (Zügers Geschäftswirtschaft).

Ulrich (Fabrik- und Handarbeiter). Durchreisende Gewerkschaftskollegen erhalten Abendrot, Nachtlohn, Kasse und Frühstück. Verpflegungskarten beim Raffiner G. Claussen, Kolonnenstr. 82.

Rittau (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Unterstützung im Betrage von 75 Pfg. bei allen Vereinstaffelern, für die fehlenden Besuche beim Ortsverbandskassierer P. Wendler, Bergstr. 14.

Gayman i. Schles. (Ortsverb.). Durchreisende Mitglieder erhalten eine Unterstützung von 75 Pfg. ausgezahlt beim Ortsverbandskassierer G. Walter, Eigenbergerstraße 48. Anweisungen sind bei den Vereinstaffelern zu haben.

Öppingen (Ortsverb.). Durchreisende Verbandsmitglieder erhalten Quartier und Verpflegung im „Gasthof zum goldenen Rab“.

Jena (Ortsverband). Durchreisende erhalten 75 Pfg. Unterstützung bei Carl Müller, Greifgasse 2, Ecke Oberlaugasse.

Rothenbach und Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 65 Pfg. erhalten durchreisende Gewerkschaftler beim Kollegen Gust. Fickel, Bauereien Nr. 87, Rothenbach i. Schl. Verbands-Herausgabe: Gasthof zum Klara-Schacht.

Bromberg (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkschaftskollegen erhalten 75 Pfg. Ortsgeschenk bei den Ortsvereinstaffelern bzw. beim Ortsverbandskassierer Kollegen Heindke, Alfabethmarkt 7.

Oberergerberg (Ortsverband), Sitz Schlettan. Unterstützung von 75 Pfg. an wandernde Kollegen bei Ernh 3 über jun. in Scheibenberg, Malzhäuserstr. 62, mittags von 12-1 und abds. von 6-8 Uhr.

Hamburg. Das Arbeiterssekretariat befindet sich Marsstr. 13. Telefon Gruppe VI 0715. Auszahlung der Reisegelder und Arbeitsvermittlung.

Wrenslau (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. Unterstützung beim Ortsvereinstaffierer F. Dittmer, Fischerstraße 666.

W. Gladbach und Umgegend. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen (eben Berufs) erhalten 75 Pfg. Reiseunterstützung im Gewerkschaftsbureau, Kirppferstraße 180.

Säbels (Ortsverband). Durchreisende Verbandskollegen erhalten ein Ortsgeschenk von 1 M. bei A. Leise, Finkenstr. 8.

Legikon
des **Arbeitsrechts**
in Verbindung mit
Felix Claus, Hermann
Fog, Hermann Luppe
herausgegeben von
Alexander Elzer.

Berlag von Gustav Fischer
in Jena.

Wer sich rasch über eine Frage des Arbeitsrechts unterrichten will findet in diesem praktischen Legikon in knapper Darstellung jede gewünschte Information. Größere Bibliotheken, Arbeitervereine, Sozial- und Agitationsbeamte der Arbeiterbewegung sollten sich in den Besitz des Buches setzen. Wegen Einbindung des Legikonpreises von 4,80 M. pro Exemplar erfolgt frank. Auslieferung. Das Legikon ist an unfern Verbandskassierer Rud. Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstraße 221/23 zu finden. Die Bestellung ist auf den Postabschnitt zu schreiben.